

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Dezember 1955

408/J

A n f r a g e

der Abg. M a r k, H i l l e g e i s t, Wilhelmine M o i k und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend die Sondervorstellungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
in Bundestheatern.

-.-.-

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat den Klubs der Abgeordneten  
zum Nationalrat die nachstehende Information über die Sondervorstellungen  
des ÖGB in Bundestheatern übermittelt:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund, Bildungsreferat, hatte ab  
Herbst 1947 laufend jeden Monat in jedem Bundestheater (Theater a.d. Wien,  
Burgtheater im Ronacher, Akademietheater, Volksooper) eine Sondervorstellung  
für Arbeiter und Angestellte mit minderen Einkommen zu einem Ermässigungs-  
satz von ungefähr 50 %. Diese Ermässigung wurde vom damaligen Finanzminister  
nach Besprechungen zwischen dem Minister für soziale Verwaltung (zugleich  
Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes), dem Unterrichtsminister, dem Finanz-  
minister und Minister Altenburger (zugleich Vizepräsident des Gewerkschafts-  
bundes) als über die Befugnisse der Bundestheaterverwaltung hinausgehend  
bewilligt. Sie hatte den Sinn, auch den gering verdienenden unselbständig  
Beschäftigten den gelegentlichen Besuch eines Bundestheaters zu ermögli-  
chen. Diese Aktion wurde bis jetzt mit Erfolg geführt.

In den nunmehr stattgefundenen Besprechungen zwischen dem Bildungs-  
referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Bundestheaterver-  
waltung bezüglich der Beibehaltung der Aktion in der neuen Staatsoper und  
im neuen Burgtheater stellte sich die Bundestheaterverwaltung jedoch auf  
den Standpunkt, daß sie alle Vorstellungen mit 70%iger Frequenz kalkulierte,  
daher entsprechend ihrem aufgestellten Budget nur eine Ermässigung von 30 %  
für diese Sondervorstellungen gewähren kann.

Das würde eine empfindliche Verteuerung der Eintrittspreise bedeuten.  
Während bisher der Höchstpreis einer Karte für die Staatsoper 30 S und für  
das Burgtheater 23 S betrug, müssten wir diese Höchstpreise nunmehr mit  
49 S für die Staatsoper und mit 35 S für das Burgtheater ansetzen. Es wird  
aber den minderverdienenden Arbeitern und Angestellten vollkommen unmöglich  
sein, in Begleitung (2 Personen) allein für die Sitzplätze gegen 100 S auszu-  
geben. Es besteht daher die große Gefahr, daß diese Aktion nicht mehr weiter-  
geführt werden kann und daß die Einstellung dieser Bevölkerungskreise gegen

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Dezember 1955

die Bundestheater, die nur den Bessersituierten zugänglich seien, wächst.

Der Gewerkschaftsbund weist weiter darauf hin, daß die weitere Gewährung des bisherigen Preisnachlasses für den Österreichischen Gewerkschaftsbund für alle vier Theater nur einen Entgang von 190.000 bis 200.000 S bedeutet.

Die unterzeichneten Abgeordneten brauchen angesichts der klaren und einleuchtenden Darlegungen des Gewerkschaftsbundes nichts mehr hinzuzufügen. Es liegt im Interesse der Kulturpolitik des Staates, im Interesse der Bundestheaterverwaltung und des Unterrichtsressorts, die breite Masse der Bevölkerung zum Theater hinzuführen und nicht durch bedeutende Erhöhung der Preise abzuschrecken. Niemandem wäre mit einem Ausfall der Sondervorstellungen der Gewerkschaft gedient - allein wenn bedacht wird, wie vielen Menschen durch die Veranstaltungen erst der Theaterbesuch zur lieben Gewohnheit geworden ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, beim Bundesminister für Finanzen energisch für die Beibehaltung der bisherigen Preisnachlässe für den Österreichischen Gewerkschaftsbund einzutreten ?

— . . . —